

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Nachmittag), 28. November 2018

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion**70 2018.RRGR.187 Motion 053-2018 Leuenberger (Bannwil, SVP)
Gemeindevielfalt – eine vergessene Chance**

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 70, der Motion von Grossrat Leuenberger, «Gemeindevielfalt – eine vergessene Chance». Ich gebe dem Motionär, Grossrat Leuenberger, das Wort.

Samuel Leuenerger, Bannwil (SVP). Wir möchten über alle Ziffern einzeln abstimmen, das will ich gleich zu Beginn sagen. Als Behördenvertreter einer kleinen Gemeinde konnte ich in den vergangenen dreissig Jahren mithelfen, übergemeindliche Strukturen aufzubauen sowie Zusammenarbeiten zu entwickeln. Vieles hat sich bewährt, einiges musste weiterentwickelt werden. Es ist hier nicht der Ort, alles aufzuzählen, was wir machen konnten. Es begann bei den Sozialdiensten und hörte bei der Feuerwehr auf. Sie konnten ja auch in der Zeitung vom Kompetenzzentrum für Bauverwaltungen in der Region Herzogenbuchsee lesen. Fusionen haben wir immer mit Interesse beobachtet, einige haben sich ergeben, andere mussten gezwungenermassen herbeigeführt werden. In der ersten Phase der Fusionswelle sprach man vor allem von Kosteneinsparungen, aber man stellte dann rasch fest, dass diese gar nicht eintreffen, sondern dass viel längere Wege entstehen und vor allem eine Kostenentwicklung stattfindet. Das wurde dann auch von der Studie der HSG St. Gallen bestätigt. Es zeigte sich, dass nicht finanzielle Vorteile im Vordergrund stehen können. Vielmehr hat der Regierungsrat erwähnt, dass auf die Leistungssteigerung und auf leistungsfähige, starke Gemeinden Wert gelegt werden muss. Aufgrund der Motion Müller (*P 177-2014*) entstand denn auch der Bericht «Zukunft Gemeindelandschaft Kanton Bern».

Als Vertreter einer kleinen Gemeinde und einer kleinräumiger Struktur tauchen beim Lesen dann schon ein paar Gedanken auf. Es gibt durchaus auch kleine Gemeinden, die leistungsfähig sind, zum Beispiel 3376 Berken. Dieser Gemeinde müssen Sie nicht vormachen, wie man eine Gemeinde führt, auch wenn sie nur 43 Einwohner hat. Auch 4911 Schwarzhäusern ist bereit, leistungsstark und eigenständig. Zudem sind die beiden Gemeinden übergemeindlich so organisiert, dass der Fusionsgedanke gar nicht weiterverfolgt werden muss.

Die Transformationskosten, die wir ansprechen, wurden für den Bericht nicht berechnet. Nimmt man mit den Zahlen, die genannt worden sind, eine Hochrechnung vor, kann man durchaus zu folgendem Schluss kommen: Wenn die Hälfte der Einwohner des Kantons Bern fusioniert werden sollen, wird uns das einen hohen dreistelligen Millionenbetrag kosten. Bei den Zahlen handelt es sich um Erfahrungszahlen, aber auch um Zahlen aus anderen Kantonen. Einen solchen Betrag kann sich der Kanton Bern schlicht nicht leisten. Wir haben noch andere Strategieziele als jenes der Gemeindefusionen, nämlich die Justizvollzugsstrategie oder die ganze Geschichte mit der IT, die uns noch sehr viel Geld kosten wird. Wir haben es in den vergangenen Tagen gehört: Bis ins Jahr 2030 werden wir einen Fehlbetrag von 1 Mrd. Franken aufweisen. Die Professionalität, die in Zusammenhang mit den Gemeindefusionen angesprochen wird, ist ganz klar ein Kostentreiber. Warum sprechen wir von vergessenen Chancen? – Kleinstrukturen können durchaus effizient sein, sie können gefördert werden, und sie können produktiv sein. Beim Lesen des Berichts kommt man zum Schluss, dass gross gut und klein ineffizient ist. Wir könnten aber viele Beispiele bringen, die das Gegenteil beweisen. Die soziale Komponente kleinräumiger Strukturen der Gemeindevielfalt geht vergessen, nämlich die sozialen Kontakte.

Aufgrund der Analyse der Motion Müller und deren Resultat kommen wir zum Schluss, dass der Regierungsrat einen Luftballon produziert hat. Sicher ist es gut, wenn man mal dort reinsticht. Die Berner Bevölkerung wird einen Strategiewechsel vom Prinzip der Entwicklung von unten nach oben zum Prinzip der Entwicklung von oben nach unten wahrscheinlich nicht akzeptieren. Die Berner Gemeinden sind eigenständig und willig, sich selber zu organisieren. Der Raum Langenthal hat es gezeigt. Aus diesen Gründen und vielleicht auch aus denjenigen, die meine Mitmotionäre noch darlegen werden, bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen, so nach dem Motto, es wäre eigentlich einfach, wenn wir für uns selber sorgten.

Präsident. Ich gebe dem Mitmotionär, Grossrat Knutti, das Wort.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Offenbar nimmt man das sogenannte Postulat von Kollege Müller (*P 177-2014*) sehr wichtig: Man will den Auftrag wahrnehmen und fasst es ins Auge, den Kanton Bern allenfalls in 50 Gemeinden umzuwandeln. Ich muss ehrlich sagen, mir persönlich ist es sehr schleierhaft, wie man auf diese Idee kommen kann. Unter den 347 Gemeinden befinden sich sehr viele, die super gut funktionieren. Aus meiner Sicht macht es absolut keinen Sinn, Ressourcen in eine Fusionsstrategie zu stecken. Die Berner Gemeinden sind leistungsfähig und stark, und sie nehmen ihre Aufgaben eigenverantwortlich und mit der nötigen Qualität wahr. Ich persönlich werde andauernd von Vertretern kleiner Gemeinden aufgefordert, mich in Bern gegen solche unnötigen Pläne zu wehren.

Ich muss noch etwas zur Haltung der FDP sagen: Ich persönlich kann es nicht nachvollziehen, dass man bei Geschäften, die Gemeindefusionen betreffen, alles daran setzen will, dass der Kanton Bern zu einer unübersichtlichen Gemeindefusion mit sehr grossen Gemeinden wird, und unser bewährtes Milizsystem einfach aushungern will. Ich verstehe den Drang der FDP nach Gemeindefusionen wirklich nicht. Fusionen müssen von selber wachsen, sie dürfen nicht unter Zwang vorgenommen werden, und ich bitte Sie, dies zu akzeptieren und hier umzudenken.

Ich beziehe mich auf eine Studie der Universität St. Gallen, damit der eine oder andere hier im Saal doch noch merkt, dass ich mich nicht auf dem Holzweg befinde. Die Studie der Universität St. Gallen untersuchte 142 Gemeindefusionen in 10 Kantonen. Kosteneinsparungen gelten als attraktives Argument für Gemeindefusionen. Aber das stimmt so nicht. Die Budgets werden grösser und auch der Appetit nach Ausgaben. Unübersichtlichere und komplizierte Abläufe sind die Folge. In der Studie ist von 34 Gemeinden des Kantons Bern die Rede, die unterstützt worden sind, und dafür setzten wir bisher 23 Mio. Franken ein. Aus meiner Sicht ist es schade um dieses Geld, man hätte es besser einsetzen können.

Ich zitiere aber gerne noch den Betreuer der Studie, Christoph Schaltegger: «Die Kantone sollten Gemeindefusionen nicht mehr finanziell unterstützen. Fusionen sollen vielmehr von der Bevölkerung aus angeregt werden und sich mit Gründen ausserhalb der Kosten rechtfertigen.» Aus diesen Gründen muss im Kanton Bern ein Umdenken stattfinden. (*Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen.*) Ich möchte noch meine Gemeinde Därstetten mit 856 Einwohnern erwähnen. Der Gemeindefusion hat eine 80-Prozent-Stelle, der Finanzverwalter eine 50-Prozent-Stelle, der Verwaltungsangestellte eine 60-Prozent-Stelle ... (*Der Präsident schaltet dem Redner infolge überschrittener Redezeit das Mikrofon ab.*)

Präsident. Gibt es Fraktionserklärungen? – Mitmotionär Freudiger will nicht sprechen. Wir kommen also zu den Fraktionssprechern. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion: Grossrat Graf.

Urs Graf, Interlaken (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion lehnt die Motion Leuenberger ab und unterstützt die Antwort des Regierungsrates. Ich bin einverstanden: Der Erhalt bewährter Strukturen ist ein sehr wichtiges politisches Anliegen, auch für die SP-JUSO-PSA-Fraktion. Wenn man die Strukturen aber tatsächlich erhalten will, muss man sie halt auch von Zeit zu Zeit anpassen. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion ist das Dreistufenmodell, so wie wir es in der Schweiz kennen mit Bund, Kanton und Gemeinden eine äusserst bewährte Struktur. Es ist ein Erfolgsmodell, dass viele politische Entscheide dezentral, überblickbar und autonom in Körperschaften gefällt werden. Forschungen zeigen, dass genau in solchen Strukturen die Leerläufe und die Korruption kleiner und die Partizipation und die Identifikation hoch sind. Die Gemeinde ist ein Erfolgsmodell. Will man aber die dritte Ebene des Staates tatsächlich stützen, muss man sich den gewandelten Lebensgewohnheiten anpassen. Bei einer grossen Anzahl von Gemeinden, die so klein sind, dass sie ihre Aufgaben entweder nur noch im Verbund lösen können, sie outsourcen müssen oder sie gar nicht mehr erfüllen können, wird die Gemeindeebene geschwächt, und vieles wird an den Kanton delegiert. Wir müssen wieder Gemeindegrössen haben, die den Lebensräumen und den Lebenswirklichkeiten entsprechen, die in der Lage sind, ihre Aufgaben autonom und kompetent zu erfüllen. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion will die Gemeindeautonomie stärken und nicht schwächen. Und gerade weil sie die Gemeindeautonomie stärken will, müssen künftig die Gemeindegrössen den Anforderungen entsprechen. Deshalb lehnt die SP-JUSO-PSA-Fraktion sämtliche Ziffern der Motion ab.

Pierre-Yves Grivel, Biel/Bienne (FDP). Le postulat Müller (*P 177-2014*), déposé en 2015, a le mérite de faire bouger le canton gentiment. A quoi pourrait donc ressembler le canton, ou mieux en-

core, comment le Conseil-exécutif se représente le canton si sa subdivision, son découpage géographique et historique répondait à des critères comme l'économie, l'aménagement du territoire, les transports, et le nombre de communes? En février 2018, le Conseil-exécutif a présenté un premier rapport, puis l'a mis en consultation jusqu'à la fin mai 2018. Deux variantes sont présentées: v1 «optimisation légère», et v2 «réorientation stratégique». Les partis politiques se sont aussi prononcés. Mon parti, le PLR, s'est prononcé et soutient la variante 1. Chers motionnaires, la stratégie n'accorde pas une place particulièrement prépondérante à l'aspect financier pour le moment. Notre postulat veut tenir compte d'abord de la responsabilité et du contrôle de l'efficacité – ou pas – des fusions de communes, sous les angles économique, sociologique, démographique ou géographique. L'autonomie financière des communes n'est pas directement liée à la politique bernoise en matière de fusions. En plus, on n'a pas décidé d'une valeur cible contraignante ou du nombre de communes dans un projet de fusion: 370, 150, 120 ou 50. C'était un peu une provocation avec 50, mais c'était la possibilité d'engager le dialogue. Il n'est pas judicieux de fixer un plafond, un chiffre maximal ou minimal qui pourrait justement empiéter sur l'autonomie des communes impliquées. Il faut plutôt tabler sur des fusions stratégiques: ce qui est valable dans une vallée ne l'est peut-être pas sur le plateau. On sait que les limites actuelles des communes, héritées du passé, ne reflètent plus la réalité d'aujourd'hui. La vision doit être une vision du futur, pas une obligation formelle, mais plutôt quelque chose en constante évolution. Nous sommes dans un processus participatif. Je comprends vos préoccupations, en particulier financières, au sujet de la diversité communale mais ce que vous demandez est actuellement irréalisable. On ne connaît pas encore les tenants et les aboutissants des préoccupations financières. Laissons donc le gouvernement présenter son rapport final au Grand Conseil. Le groupe PLR rejette la motion, et aussi le postulat si vous aviez l'idée de «wandeln».

Antonio Bauen, Bern (Grüne). Ich muss nicht alles wiederholen, was meine Vorredner bereits gesagt haben. Im Grossen und Ganzen können wir die Aussagen unterstützen. Auch die Grünen wollen starke, leistungsfähige und selbstbewusste Gemeinden, die in ihrem funktional sinnvollen Raum mit einer sinnvollen Anzahl von Einwohnerinnen und Einwohnern funktionieren können. Darunter verstehen wir Gemeinden, die in der Lage sind, ihren Personalbestand so zu gestalten, dass sie für ihre Bürgerinnen und Bürger einen modernen, professionellen Dienstleistungsbetrieb anbieten können. Starke Gemeinden sind das Fundament für einen starken Kanton. Wir erachten die Stossrichtung des ersten Berichts des Regierungsrates über die Zukunft der Gemeindelandschaft im Kanton als richtig. Man geht damit in die gleiche Richtung wie zum Beispiel der Kanton Tessin. So hat das Maggiatal, das früher in sehr viele kleine Gemeinden aufgeteilt war, mit der Fusion zu drei Gemeinden wieder viel mehr Autonomie gewonnen; es kann sich wieder selbst verwalten und sich für seine regionalen Anliegen einsetzen. Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens wurden alle Gemeinden einbezogen und konnten ihre Anregungen und Einwände einbringen. Die Auswertung der Vernehmlassung sowie die Würdigung der Ergebnisse befinden sich noch in Arbeit. Deshalb macht es keinen Sinn, jetzt hier mitten im Verfahren einzugreifen. Es macht keinen Sinn, irgendwelche Berechnungen über die finanziellen Auswirkungen eines neuen Gefüges anzustellen, wenn überhaupt noch nicht klar ist, wie das dereinst aussehen soll. Es macht auch keinen Sinn, diesen sinnvollen und wichtigen Prozess jetzt durch ein Störmanöver zu verlangsamen. Wir müssen mit dem Kanton weiterkommen, wir müssen fitter werden, und das gilt auch für die Gemeinden in den gesamten Strukturen. Mit gesunden, guten und fitten Gemeinden wird auch der Kanton fitter. Wir Grüne wollen der-einst auf gefestigten Unterlagen mit klaren Anweisungen, wie man vorgehen könnte, entscheiden. Deshalb lehnen wir diese Motion ab, auch wenn sie allenfalls in ein Postulat umgewandelt wird.

Samuel Kullmann, Hilterfingen (EDU). Die EDU-Fraktion hat Sympathien für diese Motion und ihre Forderungen. Allerdings erachten wir den Zeitpunkt als nicht ideal und auch vom Vorgehen her machen wir beliebt, jetzt mal den Bericht der Regierung abzuwarten und dann mit Planungserklärungen die absolut berechtigten Anliegen einzubringen. Deshalb werden wir uns der Stimme enthalten.

Moritz Müller, Bowil (SVP). Vertrauen Sie doch der Bevölkerung in den Gemeinden und den Gemeinderäten, und schnüren Sie deren Korsett nicht zu eng! Lassen Sie ihnen doch ihre Freiheit. Ich habe in meiner Gemeinde die Erfahrung gemacht, dass die Bevölkerung sehr kritisch gegenüber den Finanzen und den Strukturen ist. Es wurden bereits Fusionen vorgenommen, und man hat diesbezüglich Erfahrungen gemacht. Als Gemeindepräsident habe ich in den letzten zehn Jahren oft Rückmeldungen zu Fusionen verschiedener Gemeinden erhalten. Einige waren positiv und einige weniger. Und es hat halt auch wirklich mit dem finanziellen Aspekt zu tun. Es tut mir leid, aber vieles

basiert halt auf diesem Aspekt. Wir müssen hier im Saal in diesem Bereich Entscheidungen treffen. Das war nicht nur in der letzten Zeit so, sondern es wird auch künftig so sein. Die Struktur des Kantons, die Gemeindelandschaft, die wir jetzt diskutieren, ist sehr wichtig für die Stärkung des Kantons. Diesbezüglich bin ich mit allen einverstanden.

Aber: Um diese Entscheidungen zu treffen braucht es aussagekräftige Grundlagen, damit wir nicht aus dem Bauch heraus entscheiden müssen. Unterstützen wir doch das Anliegen, wonach dieser Bericht nicht abgelehnt, sondern mit Zahlen ergänzt wird, so wie es gefordert wird – mit Zahlen, die sich auf vorgenommene Fusionen abstützen und auch ergänzt mit anderen Informationen, damit dieser Bericht wirklich in allen Bereichen eine grösstmögliche Aussagekraft aufweist. Nur so wird klar, was auf uns zukommt. Für das Fällen von künftigen Entscheiden, und auch für die Gemeinden, die sich für eine Fusion interessieren oder sich dafür entscheiden müssen, wäre das sehr wichtig. Denn die Kosten sind gegeben, da die Infrastrukturen vorhanden sind, ob die Gemeinde gross oder klein ist. Dann kommt es noch auf die Steuerzahler an. Zu berücksichtigen ist auch, dass aus zwei oder drei kranken Gemeinden nicht plötzlich eine gesunde Gemeinde entstehen kann. Man muss alles berücksichtigen. Deshalb müssen die vorgenommenen Fusionen vertiefter geprüft werden, auch der finanzielle Aspekt, denn dieser darf nicht einfach ausser Acht gelassen werden. Wir finden es wichtig, diesen Bericht jetzt noch etwas zurückzubehalten und ihn mit den geforderten Aspekten zu ergänzen. Bitte unterstützen Sie diese Motion, denn sie bringt uns vorwärts. Es ist nicht ein Rückschritt, wenn wir noch ergänzende Informationen fordern. Bitte helfen Sie mit.

Präsident. Wir kommen zu den Einzelsprechern. Zuerst hat Grossrat Seiler das Wort.

Michel Seiler, Trubschachen (Grüne). Ich lehne es ab, kleine, von unten gewachsene Strukturen von oben durch den Fusionszwang zu zerstören. So werden funktionierende soziale Ressourcen eliminiert. Das kostet viel Geld, und die Sozialkosten werden rabiater weiter in die Höhe steigen. Immer grösser, immer billiger, wobei es dann eben nicht billiger wird, mit immer weniger Verantwortlichen – das ist keine nachhaltige Forderung. Ich stimme dieser Motion zu.

Patrick Freudiger, Langenthal (SVP). Ich danke meinem Vorredner sehr für sein Votum. Es zeigt, dass das Anliegen des Vorstosses durchaus überparteilich ist, und es ist durchaus auch der richtige Moment, darüber zu diskutieren. Der Grundlagenbericht, den man wahrscheinlich für einen grösseren Geldbetrag in Auftrag gegeben hat, sieht einen Zielwert von 100 bis 150 Gemeinden vor. Wir haben rund 350 Gemeinden. Ich muss es mit grosser Deutlichkeit sagen: Gemäss diesem Grundlagenbericht sind rund zwei Drittel der bernischen Gemeinden überflüssig. Es braucht sie nicht, man kann sie aus der Landschaft streichen. Das ist die Aussage des Grundlagenberichts. Das ist eine Respektlosigkeit sondergleichen gegenüber sämtlichen Frauen und Männern, die sich in der Gemeindepolitik ehrenamtlich, nach bestem Wissen und Gewissen und in der Regel auch sehr erfolgreich engagieren. Deshalb ist es jetzt der Moment, über diesen Grundlagenbericht zu diskutieren und dort, wo er nicht vollständig ist, Verbesserungen zu fordern. Liegt der Bericht dann zusammen mit dem Bericht der Regierung zu diesem Grundlagenbericht, der gemäss Vernehmlassung sehr wohlwollend ist, dem Grossen Rat vor, und halten wir dann fest, dass er unvollständig ist, müssen wir ihn trotzdem zur Kenntnis nehmen. Und was tun wir dann? Dann stehen wir vor einer vollendeten Tatsache. Jetzt haben wir aber noch die Möglichkeit, rechtzeitig zu intervenieren und eine Vervollständigung verlangen. Noch an den Fraktionssprecher der EDU: Planungserklärungen sind politisch verbindlich, aber sie sind nur politisch verbindlich. Will man wirklich einen wirksamen Hebel ansetzen, muss dies eben im Rahmen der Motion erfolgen.

Die Regierung sagt in ihrer Antwort, die Transformationskosten müssten nicht näher abgeklärt werden. Das ist einer der Punkte, weshalb die Motionäre sagen, der Bericht sei unvollständig. Er erwähnt die Kosten für die Transformationen nicht; das ist einer der Hauptpunkte. Wenn zwei Drittel der Gemeinden von der Landschaft verschwinden sollen, möchte ich gerne eine Aussage darüber, wie teuer das ist. Denn sonst haben wir das gleiche Ergebnis, wie es bei den meisten vermeintlichen Sparbemühungen aus Zentralisierungsgründen der Fall war. Es gab viele wohlthuende, allgemein klingende Aussagen, wonach eine Zentralisierung die Kosten senke und die Effizienz stärke. Und nach der Durchführung stellte man fest, dass keine Einsparungen vorgenommen werden können, sondern dass das Ganze noch teurer wird. Man sollte uns vor der Zentralisierung sagen, wie teuer diese kommt, und nicht erst nachher. Denn wir haben zu Unrecht auf Allgemeinplätze vertraut, die sich nicht bewahrheitet haben.

Noch ein Wort zum letzten Punkt, dieser wurde bisher nicht erwähnt. Fusionen von mehr als sieben

Gemeinden sollen nicht gefördert werden. Im Oberaargau Nord gab es ein Projekt mit elf Gemeinden, das namentlich vom Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) gepusht wurde. Man wollte ein Fusionsprojekt daraus machen. Das hat aber dann dazu geführt, dass es den Leuten am Schluss nicht mehr passte, weil es zu gross und zu unübersichtlich war, und dann wurde es abgelehnt. Möglicherweise wäre eine kleine übersichtliche Fusion angenommen worden. *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen.)* Ja, ich komme zum Schluss. Mit dieser Ziffer ermöglicht man übersichtliche Fusionen, verhindert aufgeblähte bürokratische Fusionen und spart dann auch noch Geld.

Präsident. Ich erteile das Wort der Regierungsrätin.

Evi Allemann, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektorin. Es besteht nach wie vor ein klarer Auftrag des Grossen Rates, die kantonale Fusionspolitik weiterzuentwickeln. Es ist ja bemerkenswert, dass dieser Vorstoss genau in der Vernehmlassungsphase eingereicht worden ist. Er wurde am 19. März, mitten im Wahlkampf, eingereicht, während dem die Vernehmlassung zum regierungsrätlichen Bericht über die Zukunft der Gemeindelandschaft stattfand. Diese Vernehmlassung fand nämlich zwischen Februar und Mai 2018 statt. Inzwischen haben wir diese ausgewertet, und wir wissen, wie wir weiterfahren müssen, und der eine oder andere Punkt dieser Motion erübrigt sich ohnehin. Wie Sie sich erinnern können, schlägt der Bericht zwei Varianten vor. Die Variante einer Reduktion auf 50 Gemeinden stand schon gar nicht mehr zur Debatte. Diese Variante wurde quasi schon vom Expertenbericht vom Tisch gewischt und kam nicht einmal mehr in diesem Bericht vor. Es gab dann die Variante «Optimierung light», die sogenannte Variante 1, mit der man am Bisherigen anknüpft, die strategischen Fusionen fördert und einen sogenannten Zentrumsbonus konkret ausarbeitet. Sie hat leistungsstarke, leistungsfähige Gemeinden zum Ziel, und zwar ohne die Gemeindeautonomie zu beschneiden, ohne einen finanzpolitischen Anspruch auf Sparen zu haben. Dies war nie ein Ziel, weder des Postulats Müller (*P 177-2014*) noch der regierungsrätlichen Fusionspolitik, die hier vom Grossen Rat mitgetragen worden wurde.

Die zweite Variante schlägt die Zielgrösse von 100 bis 150 Gemeinden vor. Ich habe es bereits in der SAK gesagt, als wir uns noch im vertraulichen Rahmen befanden. Demnächst werde ich den zweiten Mitbericht zu diesem Bericht eröffnen, den Sie gemäss Ihrer Geschäftsplanung in der Sommersession beraten werden. Die Option der 100 bis 150 Gemeinden werden wir nicht weiter verfolgen. Sie fand in der Vernehmlassung keine Mehrheit, beziehungsweise sie fiel durch. Hingegen wird die Weiterentwicklung der kantonalen Fusionspolitik grossmehrheitlich und sehr breit, also nicht nur in der Parteienlandschaft, sehr unterstützt, sondern auch von den Regionalkonferenzen und anderen, die sich geäussert haben. Sie soll optimiert werden, und es sollen strategische Fusionen angepeilt statt mit der Giesskanne Geld ausgegeben werden. Darauf soll gesetzt werden. Zudem wurde mehrfach angeregt, dass es von unten kommen und freiwillig bleiben muss. An diesen Grundsätzen knüpfen wir an. Mit diesem Vorschlag werden wir in den Grossen Rat kommen, und darüber werden Sie diskutieren können. Sie werden sich dazu äussern können, ob Sie doch lieber eine Verfassungsänderung initiieren, noch weiter gehen und auf Zwang setzen möchten. Ich glaube, unser Kanton lebt davon, dass die Gemeindeautonomie wichtig ist und die Gemeindelandschaft von unten her gemeinsam mit den direkt Betroffenen entwickelt wird, dabei ein partizipativer Ansatz gewählt und die Gemeindelandkarte gemeinsam entwickelt wird. Es sollte nicht so sein, dass der Kanton als graue Eminenz in der Hinterstube entscheidet, wie viele Gemeinden es geben soll. Die Vernehmlassung hat sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass dies der richtige Ansatz ist, und daran möchte ich festhalten. Das war denn auch der Auftrag des relativ klaren Entscheids des Grossen Rates zum Postulat Müller (*P 177-2014*), den wir erhalten hatten.

Noch eine lustige Episode: Es handelte sich dabei ja um den ersten Vorstoss mit Preisschild. Die Regierung sagte damals, sie könne das Postulat Müller (*P 177-2014*) nicht ohne zusätzliches Geld von Ihnen umsetzen, und Sie sprachen dann ganz explizit für diese Studie Geld. Man nahm also nicht von irgendwoher noch ein bisschen Geld und verschwendete es, sondern der Grosse Rat erteilte einen ganz klaren Auftrag, den er auch gleich selber finanzierte. Auch dies ist eine Episode in der bernischen Fusionsgeschichte, und ich bitte Sie deshalb, den Weg, den Sie selber eingeschlagen haben, weiterzuführen. Selbstverständlich bringen wir nicht den Bericht, wie er in der Vernehmlassung war, eins zu eins in den Grossen Rat. Vielmehr übernehmen wir die Resultate aus der Vernehmlassung, eliminieren eine Variante und bringen einen konkreten Vorschlag, wie die Fusionspolitik künftig aussehen soll. Es trifft also nicht zu, dass wir diesen Bericht eins zu eins in den Grossen Rat bringen, ohne die Vernehmlassung berücksichtigt zu haben.

Und noch ein letztes Wort: In der Vernehmlassung wurde nirgends gefordert, vertiefte Abklärungen zu den Themen, die jetzt im Vorstoss gefordert werden, zu machen. Es wurden andere Themen aufgeworfen, wie zum Beispiel, dass wir den Zentrumsbonus konkretisieren sollen, dass der Fusionsrichtplan nicht verbindlich sein soll und so weiter. All dies werden wir in den weiteren Diskussionen berücksichtigen, und wenn wir nach Plan weiterfahren können, werden Sie im Juni 2019 die Gelegenheit haben, den Bericht nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch Planungserklärungen dazu zu verabschieden.

Präsident. Ich gebe das Wort noch einmal dem Motionär, Grossrat Leuenberger.

Samuel Leuenberger, Bannwil (SVP). Wir gehen nun folgendermassen vor: Wir haben abgemacht, dass wir die Punkte 1, 5 und 6 in ein Postulat wandeln. Ich bedanke mich bei all den Rednern, die in den vergangenen Minuten die Gemeindeautonomie so hochgehalten haben. Ich war zum Teil schon ein bisschen erstaunt, aber wir haben diese Versprechen gehört, und das «Tagblatt des Grossen Rates» wird geschrieben. Ich danke auch der Frau Regierungsrätin für ihre Ankündigung, die Punkte, die sie erwähnt hat, entsprechend anzupassen. Wir sind gespannt auf den Bericht im Juni 2019. Ich bitte Sie, den Punkten, die wir in ein Postulat gewandelt haben, zuzustimmen und die ändern, die immer noch als Motion bestehen, als Motion anzunehmen.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Der Punkt 1 ist in ein Postulat gewandelt worden. Wer diesem als Postulat zustimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 1 als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	50
Nein	88
Enthalten	0

Präsident. Sie haben das Postulat abgelehnt mit 50 Ja- gegen 88 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen. Wer den Punkt 2 als Motion überweisen will stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 2)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	45
Nein	89
Enthalten	4

Präsident. Sie haben den Punkt 2 abgelehnt mit 45 Ja- gegen 89 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen. Wer den Punkt 3 als Motion überweisen will stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 3)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	44
Nein	90
Enthalten	3

Präsident. Sie haben den Punkt 3 abgelehnt mit 44 Ja- gegen 90 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen. Wer den Punkt 4 als Motion überweisen will stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 4)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	44
Nein	88
Enthalten	5

Präsident. Sie haben den Punkt 4 abgelehnt mit 44 Ja- gegen 88 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen. Wer den Punkt 5 als Postulat überweisen will stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 5 als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	49
Nein	87
Enthalten	1

Präsident. Sie haben den Punkt 5 als Postulat abgelehnt mit 49 Ja- gegen 87 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.

Wer den Punkt 6 als Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 6 als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	47
Nein	91
Enthalten	0

Präsident. Sie haben auch diesen Punkt abgelehnt mit 47 Ja- gegen 91 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Wir sind noch nicht fertig. Ich bitte Sie doch, noch kurz Platz zu nehmen, vielen Dank. Es liegen noch drei Geschäfte vor.